

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt Nr. 12

Seit 1861. Die erste Nummer erschien am 1. März 1861. Der Verlag ist seit 1. März 1921 in der Hand von W. T. B. Berlin.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Einzelnummer 1 Pf.

Abonnement: 12 Ausgaben 12 Pf. 6 Monate 60 Pf. 1 Jahr 120 Pf. (Postgebühren extra)

Verlagsschreiben: Durch den Verlag bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 16.50 vierteljährlich, mit Postgebühren. — Bezugsstellen: In allen Buchhandlungen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen.



Verlagsschreiben: Durch den Verlag bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 16.50 vierteljährlich, mit Postgebühren. — Bezugsstellen: In allen Buchhandlungen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen, in den Verlagen, die die Ausgabe stellen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 21. Januar 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 36. 69. Jahrgang.

Eine Beiprehung über Ernährungstragen.

M. Berlin, 22. Jan. Am 20. Januar fand beim preußischen Staatskommissar für Volksernährung unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes eine Beiprehung mit den Oberpräsidenten über Ernährung- und wirtschaftliche Fragen statt. Es wurden Maßnahmen zur wirksameren Erhaltung des Brotgetreides eingehend erörtert. Die Vorkriegslage bleibt aufrecht erhalten. Die Einkünfte der Kommunalverbände werden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse eingehend geprüft werden. Besondere Berücksichtigung bei der etwaigen Festsetzung des Ablieferungspreises sollen die kleinen Betriebe und diejenigen Betriebe finden, die nach dem Kriege ausschließlich für den eigenen Futterbedarf Futter angebaut haben.

Minister Hermes gab die Erklärung ab, daß der Brotpreis nicht unter seinen Umständen verändert werden dürfte. Ferner erklärte er, daß die Getreidemirtschaft in der letzten Form für das zukünftige Wirtschaftsjahr nicht beibehalten werden dürfte, daß aber die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides als solche aufrechterhalten sei. In welcher Form eine Umgestaltung stattfinden werde, könne noch nicht angegeben werden, weil die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Für die Gestaltung des Getreidepreises im kommenden Wirtschaftsjahr seien von der Interkommission die erforderlichen Vorarbeiten getroffen worden. Es habe eine eingehende Besprechung über die Frage stattgefunden, wobei die Bedeutung einer baldigen Bekanntmachung der Mindestpreise für das kommende Wirtschaftsjahr anerkannt wurde. Weitere Verhandlungen blieben vorbehalten, zumal auch die Gestaltung der Landarbeiterlöhne im neuen Wirtschaftsjahr noch nicht feststehe.

Weiter wurde die Frage des Ausbaues des Reichsprüfungsausschusses erörtert, ferner die Tätigkeit der Auslässe für Vieh- und Fleischverkehr sowie die Deputatsfrage. Endlich wurde auch über die Viehverhältnisse und die dagegen angewandten Maßnahmen gesprochen. — Es wird beabsichtigt, ähnliche Besprechungen mit den Oberpräsidenten in Zukunft regelmäßig abzuhalten.

Die Getreideablieferung.

W. T. B. Berlin, 21. Jan. Im badischen Landtag erklärte der Minister des Innern, es werde jetzt von den zuständigen Stellen ein Plan ausgearbeitet, nach dem jeder Landwirt nach Maßgabe der Anbaufläche und nach der des Ernteergebnisses eine bestimmte Menge Getreide abliefern müsse, das andere könne der Landwirt dann für sich behalten.

Der Streit um die Reichsfarben.

M. Berlin, 22. Jan. Über die Stellung der Zentrumsfraktion des Reichstags zu der von der Deutschen Volkspartei angeregten Volksabstimmung über die Reichsfarben äußert die Zentrumspartei-Korrespondenz, daß die Gründe, welche die Nationalversammlung in Weimar veranlaßt hätten, Schwarz-Weiß-Rot durch Schwarz-Rot-Gold zu ersetzen, auch heute noch von ausschlaggebender Bedeutung seien. Es wird für wünschenswert erklärt, wenn die Deutsche Volkspartei von ihrer Abstimmung abstehe, da die Zentrumspartei davon in der Lage sein würde, einen solchen Antrag zu unterstützen.

Die Sozialisierungsberatungen.

Br. Effen, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Verständigungsausschuß der Sozialisierungskommission, der seit einigen Tagen hier seine Beratungen wieder aufgenommen und auch mehrere Werk- und Hüttenanlagen sowie elektrische Kraftwerke, beschäftigt hat, will seine Verhandlungen abschließen. Die Verhandlungen sollen, wie verlautet, zu einer Verständigung auf der Grundlage des von Direktor Cremer ausgearbeiteten Entwurfs, mit dem auch in der Hauptsache das Programm des christlichen Bergarbeiterführers Imbusch übereinstimmt, geführt haben. In der nächsten Woche soll in Essen der große Ausschluß zusammengetreten und sich mit der Frage beschäftigen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird dann dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden.

Die Verhaftung von Führern der Roten Armee im Industriegebiet.

M. Münster, 22. Jan. Zu den Verhaftungen von Führern der Roten Armee im Industriegebiet erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In Düsseldorf und Dortmund und war die militärische Organisation der Roten Armee am weitesten fortgeschritten. Eine genaue militärische Einteilung in Regimenter, Bataillone, Kompanien und Züge war vorgenommen worden. Ein umfangreiches Material über rosen militärischen Schriftverkehr zwischen den einzelnen Roten Militärteilen wurde vorgefunden. Bis jetzt wurden sieben Verhaftungen durchgeführt. Einer der Verhafteten aus Elberfeld wurde auf Gerichtsbeschluß vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt; dafür wurde ein weiterer Haftbefehl gegen einen gewissen Dekler aus Elberfeld erlassen.

Der Halle'sche Schultzeil.

Br. Halle a. S., 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In Halle dauert der Schultzeil in der Luther- und Huttenstraße an. Es streifen noch etwa 1500 Kinder in beiden Schulen. Der Streik soll erst dann abgebrochen werden, wenn der Magistrat einen bestimmten Termin angibt, bis zu dem die beiden Schulen von den dort einquartierten Flüchtlingen gesäubert sind.

Eine Russendebatte im Reichstag.

W. T. B. Berlin, 21. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt Präsident Föbe der Geschäftsordnungskommission den Auftrag, ihre Arbeiten im Sinne einer Revision der Geschäftsordnung recht bald in Angriff zu nehmen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 25 kleine Anfragen.

Die Interpellation der Kommunisten und Unabhängigen wegen der Hensburger Vorgänge wird innerhalb der Geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden, desgleichen die Interpellation der gleichen Parteien wegen des Amnestiegesetzes.

Zur 3. Lesung des Notetats für 1920 wiederholt Abg. Mettner (Komm.) seine Angriffe gegen die Gewerkschaften.

Der Entwurf wird in 3. Lesung angenommen. Es folgt die Interpellation der Unabhängigen, betr. die Aufnahme der diplomatischen und der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Abg. Ertmann (U. S.) begründet die Interpellation und betont den Wert Rußlands für uns als Einfuhrland und als Markt für die Exportwaren.

Reichsminister des Innern Dr. Simons erwidert: Es ist nicht Schuld der deutschen Regierung, wenn sich die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht günstiger entwickelt haben. Der Warenaustausch ist durch die Folgen der russischen Revolution unterbrochen worden. Die neue Regierungsform aber hat verlagert, sie hat an Autokratie gewonnen. Rußland konnte keine Gegenleistungen mehr leisten. Darum scheiterte jede Austauschpolitik. Im Vorjahr lagen mir zukunftsreiche Pläne der russischen Regierung vor, die neue Handelsbeziehungen erschließen sollten und geeignet waren, Rußland eine große Zukunft zu eröffnen. Diese Pläne sind aber nicht mehr vorhanden. Somit hat sich auch meine Ansicht geändert. Der Friedensvertrag hindert uns zwar nicht an dem Abschluß von Verträgen mit Rußland. Wir wissen aber nicht, ob ein solcher Vertrag allgemeine Anerkennung finden würde. Die Sowjetregierung ist noch nicht allgemein anerkannt. Im übrigen ist es klar, daß, so lange uns noch keine Genugtuung für die Ermordung Mirbachs gegeben wurde, die Beziehungen nicht wieder so aufgenommen werden können. Wir haben gar keine bestimmten Forderungen an Rußland gestellt, um vielmehr die Beilegung überlassen, wenn es die Täter gefasst hat. Rußland hat hierauf nicht geantwortet. Es ist verständlich, daß wir mit Rußland unter diesen Umständen nur mit Hilfe besonderer Agenten verhandeln können. Ich würde einer Verständigung über die Östragen mit den Weltmächten gern die Wege ebnen. Deshalb lege ich auf die Konzeptionslagers keinen Wert. Andererseits lege ich gegen den Vorwurf illegaler Beziehungen nach Rußland keine Verwahrung ein. Sobald Rußland Gegenwerte stellen kann, die Transporte erleichtert und aufhört, ein lästiger Kriegschaos zu sein und den Krieg zu schüren, sobald es vor allem aufhört, eine unerwünschte Propaganda in Deutschland zu betreiben, wird sich eine neue Verständigung anbahnen. Minister Simons schließt mit der Mahnung, keine Angst zu haben, daß wir etwa von den anderen Mächten überholt werden können. Keine fremde Macht könne ohne uns mit Rußland Abschlüsse treffen. Wir haben keine Veranlassung, die Sowjetregierung zu schüren, und kein Recht, an ihrem Sturz mitzuarbeiten. Wir wollen nicht Schauplatz eines neuen Krieges werden.

Das Haus tritt sodann in die Beiprehung der Interpellation ein. Gestützt auf eine Anordnung des früheren Präsidenten Ballestrin ordnet Vizepräsident Dr. Bell an, daß der Raum zwischen dem Tisch des Hauses und den ersten Sitzungsbanken freizubehalten ist, um dadurch die Arbeiten der Senatoren und die Würde des Hauses besser zu schützen.

Abg. Weis (Spr.) schildert die Beziehungen der Sowjetregierung. Als in die deutschen Verhältnisse einzumischen.

Abg. Reichert (Zentr.) meint, wenn die Lösung dieses Auswärtigen mit Rußland gelinge, so werde das eine bedeutende Tat sein.

Abg. Neuhaus (D. Natl.): Auf Trennung und Glauben mit Rußland Götze zu machen, ist unmöglich. Einem neuen, geordneten Rußland gelten die Sympathien der Bürger, Bauern und Arbeiter Deutschlands. (Zuruf links: Es lebe der Zar!)

Darauf vertagt sich das Haus.

Die zerstörte Illusion vom Sowjet-Paradies.

M. Berlin, 22. Jan. Die bürgerlichen Zeitungen begrüßen es, daß Reichsminister Dr. Simons gestern im Reichstag den Mut gefunden habe, sein Urteil vom Juli vorigen Jahres über Sowjetrußland zu revidieren und daß er nicht anerkenne, daß das Sowjetparadies verfallen habe, da die russische Produktion nicht gehoben, sondern zugrunde gerichtet worden sei. — Der „Vorwärts“ stellt fest, daß durch die lauthallen Darlegungen des Ministers die Illusion vom Sowjetparadies endlich zerstört worden sei.

Zur Reform der Parlamentsverhandlungen.

M. Berlin, 21. Jan. Der Ailekzentrat des Reichstags beschloß, sich heute in längerer Sitzung mit der Frage, wie man die Flut der Interpellationen und kleinen Anfragen eindämmen könne. Es soll fortan in jeder Woche nur eine Interpellation zur Beratung kommen. Bei Beendigung der kleinen Anfragen soll künftig die Beratung westfallen und die Beantwortung schriftlich erfolgen, damit die Zeit der mündlichen Beiprehung gespart werden kann. Außerdem soll darauf hingearbeitet werden, daß nur sachlich gebaltene kurze Anfragen gestellt und dabei polemische Ausfälle vermieden werden. Die Angelegenheit wird zunächst an die Fraktionen gebracht und die Vorarbeit für eine Nachprüfung der Geschäftsordnung überhaupt dem Geschäftsordnungsausschuß übertragen werden.

Die Sozialversicherung.

W. T. B. Berlin, 21. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags bewilligte lärmliche Diskussionen über die Sozialversicherung. Darunter befinden sich 121 Millionen für Wohnhilfe und Wohnfürsorge und 80 Millionen für Altersrenten.

Die fünf Jahreszahlungen.

M. Paris, 22. Jan. (Drahtbericht.) Der „Reit Parikien“ sagt in einem offenbar offiziell beeinflussten Artikel, daß, wenn die alliierten Sachverständigen bezüglich der Reparationsfrage die fünf Jahreszahlungen vorgeschlagen hätten, sie dies getan hätten, weil sie nicht das Recht gehabt hätten, die ganze Summe festzusetzen, die Deutschland zahlen soll. Sollte aber die Gesamtsumme doch festgesetzt werden, so dürfte sie sich nicht unter der in Boulogne festgesetzten Summe von 269 Milliarden Goldmark belaufen.

Der italienische Standpunkt.

M. Rom, 22. Jan. Bezüglich der Reise des Grafen Sforza nach Paris schreibt das „Giornale d'Italia“: In der Entwaffnungsfrage wird eine Verständigung leicht zu erreichen sein; die Frage der Reparationen dagegen wird wahrscheinlich zu tiefen Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Die italienischen Staatsmänner werden sich in dieser Frage von der guten italienischen Vernunft leiten lassen und bestrebt sein, eine praktische Lösung zu erreichen. Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufbau muß begünstigt werden, sonst wäre die Gefahr vorhanden, daß man, nachdem man ein anständiges Abkommen abgelehnt habe, dem Konkursverfahren entgegenstehe.

Kein Abbau der Einkommensteuer.

Br. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In Ergänzung der Meldung der Zentrumspreffe, nach der ein Abbau der Einkommensteuer geplant sein soll, erfahren wir: Es bestehen im Reichsfinanzministerium zwei Strömungen, die einander in der Frage der Einkommensteuer schroff gegenüberstehen. Eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten ist der Ansicht, daß die zehnprozentige Steuer, die bekanntlich bei großen Einkommen bis zu einer Höhe von 65 Prozent ansteigt, namentlich bei den minderbemittelten Schichten eine überstarke Belastung bildet, und daß es überhaupt nicht zu umgehen ist, eine Veränderung herbeizuführen. Von einer anderen Seite wird dagegen geltend gemacht, daß die Technik der Reichseinkommensteuer bei den ersten Veranlagungen noch nicht in vollem Maße erkannt und ausgenutzt wurde. So sind beispielsweise Fälle vorgekommen, in denen aus besonderen Gründen der Antrag auf Ermäßigung der Steuer gestellt wurde. Außerdem hat bekanntlich der Reichsfinanzminister angeregt, bei besonderen Anträgen und nach eigenem Ermessen einzelnen Personen die Steuer völlig zu erlassen. Man ist bei dieser Gruppe der Ansicht, daß es gefährlich sei, bei den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Steuer von so außerordentlicher Bedeutung abzusehen. Es kommt hinzu, daß bekanntlich durch die Reichseinkommensteuer eine Reihe anderer staatlichen Steuern abgelöst sind, und daß die Umstellung auf die neuen Steuerföße, abgesehen von der außerordentlichen technischen Arbeit, eine Gefährdung des Steuerwesens überhaupt darstellen würde. Über diesen wichtigen Gegenstand werden nach in diesem Monat Verhandlungen im Reichstag stattfinden.

W. T. B. Berlin, 21. Jan. Der Steuerauschuß des Reichstags einigte sich dahin, die Beratung der Veranlagungsgrundröße abzubrechen, da sie für die vorläufige Veranlagung des Reichsnotwenders doch nicht mehr in Betracht kommen könnten.

Das steuerfreie Einkommen.

Br. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ist folgender Antrag eingegangen:

1. Der steuerfreie Einkommensteil nach § 20 Abs. 2 wird grundsätzlich (nicht nur für das Rechnungsjahr 1920/21) für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person von 500 auf 1000 M. erhöht.

2. Das in § 20 festgesetzte Existenzminimum muß grundsätzlich steuerfrei bleiben und darf weder einer Landessteuer noch einer Kommunalsteuer unterworfen werden.

Ein weiterer Antrag will dem § 9 des Einkommensteuergesetzes folgenden Absatz anfügen: Steuerfrei bleiben auch alle besonderen Entlohnungen für die Arbeiter, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden (Überstunden, Überstunden usw.).

Die Berücksichtigung des Handwerks bei öffentlichen Aufträgen.

Br. Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die demokratischen Abgeordneten Düfer und Ben. hatten an die preussische Regierung eine Anfrage wegen härterer Veranlagung des Handwerks zu den öffentlichen Aufträgen, namentlich Bauarbeiten, gerichtet. In der Antwort der Regierung wird erwidert, daß vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten den Behörden die Handhabung im Sinne der Anfrage zur Pflicht gemacht worden sei und eine Voraussetzung von Grobunternehmern unbedingt vermieden werden sollte. Die Vorschriften hätten sich bis jetzt bewahrt.

Die Deutschen in Belgien.

D. Brüssel, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der In-
dustrieller beschäftigt sich mit der Wiederauf-
nahme der wirtschaftlichen Beziehungen
zwischen Deutschland und Belgien und der Frage des Aus-
lands-Deutschens in Belgien. Der diesbe-
zügliche Bericht wurde gütlich. Der Bericht betont die
Notwendigkeit der normalen internationalen wirtschaftlichen
Beziehungen zwischen beiden Ländern und führt aus: Man
kann aber nicht zugeben, daß den Deutschen bereits jetzt
sämtliche Vorteile eingeräumt werden, die Unterthanen von
Belgien berechneten Staaten genießen. Bisher haben die
Belgien von Seiten nichts getan, um Ausländer zu be-
weilen. Gerade das ist für eine Wiederaufnahme der
normalen Beziehungen notwendig. Hinsichtlich des deut-
schen Eigentums in Belgien erklärt der Bericht, daß
sämtliche deutsche Besitztümer liquidiert werden sollte, daß
aber Belagener, die nach der Unterzeichnung des Friedens-
vertrags von Deutschen nach Belgien eingeführt wurden,
davor vollständig freigegeben. Der Berichtsteller ist der
Meinung, daß ein Verstoß des Artikels 18 des Versailler
Vertrags die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belgien
und Deutschland merklich vorwärts bringen würde. Über
den Aufenthalt von Deutschen in Belgien wird gesagt, daß
ein Ausländer, der aus Kaufleuten und Industriellen besteht,
Nicht erteilt soll. Im ersten Jahr ihres Aufenthalts sollen
alle Deutschen nach einem Vorschlag des Berichtes jeden
Monat bei der Kontrolle erscheinen, später alle drei Monate.
Man wolle es den deutschen Staatsangehörigen bequem
machen, sich in Belgien niederzulassen. Es wird schließlich
erklärt, daß es für wünschenswert erachtet werden muß,
wenn deutsche Firmen, namentlich Kieker, sich von Belgien
verziehen lassen.

Eine internationale Hilfsaktion für Österreich.

Bb. Genf, 21. Jan. Wie dem „Lyoner Bote“ aus
Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die
englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, der
am Montag in Paris zusammengetretenen Entente-Konferenz
eine internationale Hilfsaktion zugunsten
Österreichs vorzuschlagen. Die Durchführung des Plans,
der aus einer Kreditbeschaffung von nicht weniger
als 250 Millionen Dollar besteht, werde jedoch in
letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten
Staaten abhängen.

Verschiebung der internationalen Arbeitskonferenz.

ma. Stockholm, 21. Jan. (Drahtbericht.) Wie der Vor-
sitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes mitteilt, be-
steht das Internationale Arbeitsbureau in Genf, die
kommende Arbeitskonferenz, die im Mai abgehalten werden
sollte, zu verschieben. Die Konferenz, die in Genf statt-
finden wird, wird sich hauptsächlich mit der Landwirt-
schaft betreffenden Fragen beschäftigen.

Spaltung der italienischen Sozialisten.

D. Mailand, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Vor der
Donnersagnachmittag erfolgten Abstimmung auf dem
Sozialistenkongress in Livorno verhielten sich noch
zwei Redner für die Anschauungen des Moskauer Exekutiv-
komitees der 3. Internationale zu sprechen: der Schweizer
Humbert Tross und der Bulgarer Kabašew. Dann
wurde die Abstimmung vorgenommen mit dem Ergebnis,
daß 98 228 Stimmen für die Einheitskommunisten, 58 713
Stimmen für die unerschütterlichen, die Trennung wünschenden
Kommunisten und 14 198 Stimmen für die gemäßigten
Sozialisten abgegeben wurden. Somit hat die revolutionäre
Richtung auf dem italienischen Sozialistenkongress eine
schwere Niederlage erlitten und es scheint die Gefahr einer
Revolution für die nächsten Jahre beseitigt. Die un-
erschütterlichen Kommunisten trennen sich von den Sozialisten.
Die neue kommunistische Partei wird ihren Sitz in Mailand
haben.

Die Eingemeindung von Schierstein in der
Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung.

Der wichtigste Punkt der wieder sehr umfangreichen
Tagesordnung in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung betraf
die Frage der Eingemeindung von Schierstein. Vorher han-
delte jedoch noch einige andere Vorlagen zur Beratung. Zu-
nächst wurde der Zuschuß an die Landwirtschaft-
liche Winterkulturen von Hof Geisberg, nachdem die
Sitzung durch den Stadtverordnetenpräsidenten Geh. Justizrat
Dr. Alberti eingeleitet war, und Stadtdr. Kaschau
namentlich des Finanzausschusses dafür ausgesprochen hatte, von
2000 M. auf 5000 M. erhöht, wobei Stadtdr. Holzhäuser
sogar auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion
erhielt, jedoch mit einem Hinweis auf die guten Verhältnisse
der Landwirtschaft in Frage stellte, ob auch für die Zukunft
ein Beitrag gerechtfertigt erscheine.

Die Erhöhung der Beiträge für Kinderbewilligte.

Am diesmal debattierten zur Erledigung. Nach dem Bericht
des Stadtdr. Kaschau für den Finanzausschuss wurde dem
Ergebnisentscheidend in der letzten Stadtverordneten-
sitzung getragen, die Beiträge auf die Beitragsbeiträge
nicht anzuheben, so daß die Beiträge für Kinderbewilligte
auf 350 M. für Verheiratete, 200 M. für Ledige erhöht, und zwar
für die vom 1. Oktober bis 15. Dezember fällige Unter-
stützungssumme: um fünfundfünfzig Mark nur die entsprechenden
prozentualen Anteile zur Ausschüttung. Die Vorlage, wo-
durch die Ausgabe von 250 000 auf 350 000 M. erhöht,
sind seinen Widerstand.

Schwamm berührt für den Finanzausschuss Stadt.

Erhöhung der Flächen im städtischen Krankenhaus.

Die ständig steigenden Kosten für Personal sowie für
Material, insbesondere Lebensmittel und Kohlen, werden
vorwiegend zur Folge haben, daß außer dem im Etat für
1920/21 für das städtische Krankenhaus vorgesehenen Zuschuß
von 1 787 600 M. weitere Zuschüsse von rund 425 000 und
310 000 M. eintreten werden. Hierbei ist bereits in An-
sicht gebracht, daß der Krankenhausverwaltung von der Kammer
die während des Etatsjahres infolge der Gehaltsreform ein-
getretene Mehrausgabe an Gehältern und Löhnen von
804 472 M. ersetzt wird, sowie daß durch die insinuierten be-
schlossenen Sparmaßnahmen (Schließung von zwei
Krankensälen) 150 000 M. erspart werden. Die Krankenhaus-
verwaltung konnte sich hierzu nur unter Zurückstellung erheb-
licher Einnahmen und schweren Personalschwächen weigern. Sie
an sich der Ansicht war, daß sie durch die letztmalig am
1. Juli 1920 erfolgte Erhöhung der Verpflegungssätze bereits
an die Grenze des Möglichen herangekommen sei. Wenn die
Krankenschausatzung trotzdem nunmehr eine weitere Er-
höhung der Verpflegungsvorlagen zu müssen glaubte, so ge-
wahrte das hauptsächlich deshalb, weil die durch die städtischen
Selbstkosten für einen Kranken in der 1. und 2. Klasse seit
dem 1. Juli 1920 von 26,49 auf 40,20 M. und in der 3. Klasse
von 19,87 auf 34,26 M. gestiegen sind, also so erheblich, daß
eine Umstellung der Verpflegung an die letzten Selbstkosten
unbedingt erforderlich erschien. Die Verpflegungskosten sollen
daher vom 1. Februar 1921 ab wie folgt erhöht werden:
1. Klasse: Auswärts von 50 auf 70 M., pro Tag, Einheimische
von 45 auf 55 M., Kinder (auswärts) von 30 auf 40 M.,
Kinder (einheimisch) von 24 auf 30 M.; 2. Klasse: Auswärts
von 40 auf 55 M., Einheimische von 30 auf 40 M., Kinder

(auswärts) von 22 auf 30 M., Kinder (einheimisch) von 16
auf 20 M.; 3. Klasse: Auswärts Selbstzahler, Verpflegungs-
kosten, Verpflegungen usw., Polizeigefangene, Justiz-
gefangene, Militärpersonen von 20 auf 35 M., auswärtige
Krankenkassen von 20 auf 35 M., einheimische Krankenkassen
von 15 auf 25 M., Armenverwaltung von 20 auf 35 M.,
einheimische Selbstzahler von 15 auf 25 M., Kinder (aus-
wärts) von 10 auf 15 M. und Kinder (einheimisch) von 8 auf
10 M.

Stadtdr. Gerhardt versichert, daß die Krankenhaus-
verwaltung eine sehr eingehende Prüfung der ganzen Ver-
hältnisse vorgenommen habe, die sie sich zu diesem schweren
Schritt entschlossen hätte; es sei aber nichts übrig geblieben,
als eine Erhöhung der Verpflegung vorzuschlagen, um dem
Verlangen des Magistrats nach Deckung des großen Defizits
nachzukommen. Eine weitere Erhöhung sei aber ausge-
schlossen, denn die Verträge neuerdings wieder 65 Prozent der
Redner erklärte zum Schluß, die sozialdemokratische Fraktion
werde der Vorlage zustimmen, wenn sich aber nicht den Ge-
danken zu einem machen, daß sich das Krankenhaus selbst
tragen müsse und hoffe, daß Mittel und Wege gefunden werden
müßten, die Verwaltung zu verbilligen, damit die
Verpflegung wieder herabgesetzt werden könnte. — Die Vor-
lage wurde darauf genehmigt.

Die Frage der Eingemeindung von Schierstein

behandelte zunächst Stadtkämmerer Schulte. Er wies
auf den Beschluß der Schiersteiner Gemeinderatver-
sammlung hin, den wir in unserer gestrigen Abendausgabe
mitgeteilt haben und worin mit allen gegen eine Stimme
der Standpunkt vertreten wird, daß auf Grund eines von
Oberingenieur Böhler vorgelegten Vertragsentwurfs die
Eingemeindung Schiersteins mit Wiesbaden grundsätzlich zu be-
schließen sei und der Gemeinderat beauftragt wird, alle
weiteren Verhandlungen mit Wiesbaden zu führen. Die Ein-
gemeindungskommission und der Ausschuss für die Eingemein-
dung haben die Eingemeindung von Schierstein in der Ver-
einbarung mit Wiesbaden grundsätzlich beschlossen. — Die Ver-
träge geprüft und seien zu der Überzeugung gekommen, daß
es durchaus zweckmäßig sei, erstens auf die Sache heranzu-
gehen. Im Einverständnis mit der Eingemeindungskom-
mission und dem Ausschuss für die Eingemeindung wird
1. Die Vereinigung Wiesbadens mit Schierstein wird
grundsätzlich beschlossen.

2. Die von Oberingenieur Böhler geschaffenen Unter-
lagen werden als geeignete Grundlage anerkannt.
3. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Gemein-
depräsidenten in Schierstein die Verhandlungen über
die Eingemeindung zu führen und nach Abschluß
der Eingemeindungskommission und der Stadtver-
ordnetenversammlung darüber abzustimmen.

Hierauf erklärte Oberingenieur Böhler einen ein-
gehenden Bericht über die Vorgänge und Untersuchungen,
die zu dem jetzigen Antrag geführt haben. Es heißt darin
u. a.: Das städtische Wasserwerk hat beauftragt in den Jah-
ren 1898 bis 1907 in Schierstein mit einem Gesamtwert von
24 Millionen Mark Wasserwerksanlagen errichtet, die bei
der Schwierigkeit der Beschaffung von gutem Trinkwasser
zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren unserer Stadt ge-
worden sind. Infolge dieser Interessen in Schiersteiner Gemein-
schaft hat das Wasserwerk laufend mit der Gemeinde Schier-
stein in Verhandlungen gestanden, diese aber seit November
1919 noch verfehlt aufgenommen, um Gemeinderäte zur
Sicherung der Interessengebiete der städtischen Anlagen über-
tragen zu erhalten. Diese Verhandlungen haben erkennen
daß den Interessen Wiesbadens ebenso wie Schiersteins am
besten gedient kein würde durch eine Eingemeindung. Die
letzte er scheint um so wünschenswerter, als die Wasserwerks-
anlagen nicht die einzigen Interessen darstellen, da vor allem
noch die während des Kriegs geschaffene Wasserleitungs-
anlage und außerdem die bekannten Bäderanlagen zur Schaffung
geeigneten Industriegeländes dazu kommen. Der Rhein, der
Bauwasserwerke Europas, bringt Schierstein so viele wirt-
schaftliche Werte, daß ihre Ausnutzung unbedingt geboten
erscheint. Die Gemeinde Schierstein ist aber wirtschaftlich
nicht stark genug, an diese Ausnutzung heranzutreten und
würde in der Stadt Wiesbaden die geeignete Stütze finden.
In der Eingemeindungsfrage selbst war natürlich in erster
Linie notwendig, die kommunalen Verhältnisse von Schier-
stein klarzulegen. Der Gemeinderat hat hierzu in be-
reitwilligster Weise die Hand geboten, indem er Herrn
Oberingenieur Böhler die Einsicht in alle gewünschten Ver-
hältnisse gab, so daß dieser Unterlagen zur Beurteilung der
gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Schiersteins stellen
konnte. Schierstein ist eine fast ebenso alte Gemeinde wie
Wiesbaden. Seine Gesamtfläche umfaßt eine Fläche von
1189,71 Hektar oder 4756 Morgen, davon sind 860,44 Hektar
oder 3441,76 Morgen Acker, Wiesen und Weideland und
264 Hektar oder 1056 Morgen Wald. Die Einwohner haben
sich nach 1890 von 2319 auf 4723 vermehrt. Die Mehrzahl
dieser sind Arbeiter, die ihren Verdienst in der Gemein-
debetriebs Schiersteins, Fiedrichs und auch Wiesbadens
finden, ein weit größerer Teil ist in der Landwirtschaft tätig.
Bei den letzten Reichstagswahlen bekannten sich die Hälfte
der Einwohner zu den Linksparteien. Die Verwaltung der
Gemeinde Schierstein erfolgt durch den sozialdemokratischen
Gemeinderat und die 18 Mitglieder zählende Gemein-
devertretung. Auf einen Gemeinderat kommen 122
Wähler, 12 Beamte, 5 hauptamtliche und 4 nebenamtliche
Angestellte besetzen die Verwaltungsgeschäfte der Ge-
meinde. In der Zeit von 1898 bis 1907 hat sich die Gemeinde
besonders stark entwickelt. Während dieser Zeit hat sie es
verstanden, moderne Einrichtungen für alle öffentlichen Be-
dürfnisse zu schaffen, bzw. deren Einführung zu beschleunigen.
Schierstein besitzt auf geräumiger, bewaldeter Fläche
hat ein gut ausgebautes Kabinett, eine eigene Wasserwerks-
anlage und in dem Strandbad einen Anziehungspunkt ge-
schaffen. Wenn auch alle Einrichtungen gut ausgeführt sind
und mit relativ geringen Aufwendungen unterhalten wer-
den können, so muß trotzdem noch der Eingemeindung
Schiersteins nach Wiesbaden letzteres für den Ausgleich der
Ausgaben einen Zuschuß von etwa 100 000 M. jährlich
leisten. Dies ist eine Folge der verhältnismäßig niedrigen
Steuerkraft der Mehrzahl der Einwohner. Oberingenieur
Böhler hat aus seinen Verhandlungen mit dem Gemein-
depräsidenten, mit der Gemeindevertretung und auch mit den
Bürgern Schiersteins in einer öffentlichen Versammlung am
18. d. M. die Überzeugung gewonnen, daß in Schierstein die
erforderliche Anzahl, alle Verhältnisse offen den Wies-
badenern klar zu legen und für eine Eingemeindung die
besten Abwägen mitzubringen. Er ist daher der Überzeugung,
daß, wenn auch auf der Seite Wiesbadens mit voller Offen-
heit und Vertrauen zu den Abwägen Schiersteins in Ver-
handlungen eingetreten wird, die Verhandlungen bald zu
einem günstigen Ergebnis führen werden. Die Eingemein-
dung selbst wird dann dem neuen Wirtschaftsgebiet Wies-
baden-Schierstein viele neue Entwicklungsmöglichkeiten er-
schließen und auch für die beiden heute noch für sich bestehen-
den Gemeinden von dauerndem Vorteil sein.

Stadtdr. v. d. A. erklärt die Zustimmung namens der
demokratischen Fraktion, die um so leichter falle, als es sich
nicht nur um das grundsätzliche Einverständnis handele.
Der Redner verkennt nicht die Vorteile, die die Eingemein-
dung von Schierstein mit sich bringe: die Verbindung zum
Rhein vor allen Dingen werde ungehindert sein. Der Red-
ner hofft, daß es der Kommision gelingen möge, einen Ver-
trag vorzulegen, der es gestatte, ihm auch in finanzieller Be-
ziehung ohne weiteres zustimmen.

Stadtdr. v. d. A. erklärt, daß die Fraktion der Deut-
schen Volkspartei ebenfalls zustimme, weil dabei auf die
Ausgleichung von Pausen hin, die das schließliche wer-
bende Anlagen darstellen und alsbald ebenfalls, daß die Vor-
teile die Nachteile für beide Gemeinwesen überwiegen.

Stadtdr. Schneider (Zentr.) begrüßt die Vorlage
ebenfalls, die ein Anfang der Eingemeindung bedeute und
sollt der Arbeit des Oberingenieurs Böhler Anerkennung.

Stadtdr. Dudenhoff (Soz.) glaubt, daß dieser Be-
schluß der Anfang einer neuen geschichtlichen Epoche für die
Stadt Wiesbaden sei und bedauert nur, daß nicht schon früher
den Anregungen seiner Fraktionsgenossen entsprechend in
diesem Sinne tatkräftig vorgegangen wurde. Nicht nur die wirt-
schaftlichen, sondern auch die sozialen Fragen, sowie die Schul-
und Gesundheitsprobleme würden von einer großen Ge-
meinde besser gelöst werden können als von mehreren
kleinen. Der Redner schließt in der Hoffnung, daß nunmehr
auch die anderen Gemeinden unserer Nachbarschaft bald nach-
folgen möchten.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung

erledigten sich nach. Auf Antrag des Stadtdr. Gerhardt
als Berichterstatter des Wahlausschusses wird der Beirat
zur Durchführung des Wahlaustausches gegen die Verunsiche-
rung der Stadt gebildet und die Stadtverordneten
Architekt Bildner und Gärtnermeister Bader als Mit-
glieder, Herr Lindig und Frau Köhler als Stellver-
treter gewählt; ferner werden die vom Architekten- und In-
genieurverein vorgeschlagenen Herren Architekten Dörfler und
Hoppe als Mitglieder, Reg. Baumeister Beck und Bauart
Grün als Stellvertreter, und die vom Kassachischen Kunst-
verein in Vorlage gebrachten Herren Justizrat Dr.
Gellert und Kunstmalers Böcker als Mitglieder sowie
die Herren Professor Liegand und Photograb
Einain als Stellvertreter berufen. Von Seiten des Archi-
tecten- und Ingenieurvereins ist, indem er zugleich auf ver-
schiedene diesbezügliche Mitteilungen hinweist, der Wunsch ge-
äußert worden, daß der Beirat künftig häufiger einberufen
werden möge, als es bisher geschehen ist. — Der Sekretär bei
der Kurverwaltung v. d. A. wird mit der geschäftlichen Besorgung
in der Rubrik zum 1. März veretzt. — Die weiteren
Gegenstände der Tagesordnung, die Punkte 7, 8, 9, 10, 11 und
12, werden debattiert zur Vorbereitung an die zuständigen
Ausschüsse verwiesen, darunter auch die Bewilligung der
ausstehenden Wirtschaftsbetriebe (Verpflegungsaufgabe). — Stadtdr.
Kettenbach hat einen Antrag vorgelegt, welcher im In-
teresse der Erwerbslosen verlangt, daß die in der Ge-
meinde vorhandenen Dreifachhäuser nicht wohl heißen
„Dreifachhäuser“ heißen, sondern als „Dreifachhäuser“ auf 5 Jahre
zur Bewirtschaftung überlassen werden sollen und zwar in
der Art, daß die Größe der dem einzelnen zu überantworten-
den Fläche sich nach der Zahl der Interessenten richtet. Er
verweist zur Begründung seines Antrags auf die Unmöglich-
keit, diese Erwerbslosen bei der Pachtwirtschaft unterzubrin-
gen, und zwar mancherlei Perikeln der Pächter, die aufneh-
men, sowie auf den wohnstündigen Einfluß, den diese Wohn-
nahme auf Charakter und Lebenshaltung dieser Leute aus-
üben werde, und benennt als Risiken, die sich besonders für
keinen Plan eilen würden, den Nebenanruß, das Domänen-
gelände zu beiden Seiten der oberen Fächerstraße und die
Häuser, die sich befinden, an beiden Seiten der Fächerstraße
auf der Fächerstraße. — Polizeikommissar Schulte warnt daher,
sich zu großen Öffnungen bezüglich des Antrags hinsetzen.
Der Magistrat habe bereits während der Fraktion aller-
dings Umkehr gehalten nach einem für die Aufklärung ge-
eigneten Terrain, jedoch ohne Erfolg, da das Terrain, in
Frage kommende Gelände nicht seinen fahrenden Frak-
tionen habe, zum Teil auch, weil, wie im Nebenruß,
eine solche Vermeidung den städtischen Interessen wider-
späche. — Die Kommission wird um Schluß der durch den
Antragsteller und den Stadtdr. v. d. A. vorgelegten Grund-
stückskarte zur weiteren Verfolgung nach der angegebe-
nen Richtung zugewiesen. — Es folgt eine öffentliche Sitzung.

Freie Pahn dem Tüchtigen!

Der neuzeitlichen Forderung „Freie Pahn dem Tüch-
tigen!“ ist unsere Stadt in einer neuen Schuleinrichtung ge-
recht geworden, die leider noch viel zu wenig bekannt ist:
Den beiden Volksschulen auf dem Schulberg und an der
Friedstraße sind seit Ostern 1919 sogenannte Aufbau-
klassen angegliedert. In diesen Klassen ist beabsichtigt, die
währenden Knaben und Mädchen nach erfolgreichem Besuch
einer Volksschule die Möglichkeit geboten, sich bei gän-
zlicher Schulgeld- und weitgehendem Vermittelfreiheit in
einem zweijährigen Kurs dieselbe Schulbildung zu erwer-
ben, die die abgehenden Mittelschüler erreichen. Den
Besuchern dieser Kurse auch die gleichen Berechtigungen wie
den Schülern einer ausgebildeten Mittelschule zu gewähren,
ist beim Herrn Minister beantragt. In der Erstellung dieser
Berechtigungen dürfte nach dem Ergebnis einer kürzlich
Kaufmannsrevision Revision dieser Klassen durch die Regierung
nicht zu zweifeln sein. Vielleicht ist es bei einem weite-
ren Ausbau dieser noch in ihren Anfängen stehenden An-
stalt auch die Möglichkeit eines Übergangs in eine
höhere Schule erreichen. Für die Schüler der Aufbauklassen
dürfte aus Artikel 146 der Reichsverfassung Anwendung
finden, der für Minderbemittelte Erziehungsbefähigen bis zur
Erreichung der Schulbildung vorsteht. Es ist hier in
Wiesbaden beabsichtigt, zu Ostern wiederum neue Aufbau-
klassen einzurichten. Gegenwärtig wird in den oberen Volks-
schulklassen auf diese Fortbildungsmöglichkeit aufmerk-
sam gemacht und festgestellt, wer in die neue Aufbaufasse ein-
treten geeignet und gewillt ist. Den Eltern, die sich im 8. bis
10. Lebensjahr ihrer Kinder aus irgend einem Grunde noch
nicht für den Besuch einer mittleren oder höheren Schule
entschieden konnten, ist hier in diesem Ausbau unserer Volks-
schule eine neue Bildungs- und damit Aufsteigsmöglichkeit
für ihre Kinder nach achtjährigem Volksschulbesuch, und zwar
ohne besondere Kosten, eröffnet. Was eine gehobene Aus-
bildung begabter Köpfe auch aus der Volksschule in der
gegenwärtigen Zeit für den einzelnen und für unser Volk
bedeutet, werden einsichtige Eltern ohne weiteres zu wils-
tigen wissen. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die
Stadt Wiesbaden sich bereit erklärt, auch auswärtigen
Schülern und Schülerinnen den Besuch der Aufbaufassen zu
gestatten. Weitere Auskunft werden die Schulverwaltung
sowie die Direktoren der Volksschulen an der Friedstraße und
am Schulberg erteilen können.

— Zutritt für Minderbemittelte. Die Markenaussage-
lage sowie die Reihenfolge sind aus der Bekanntmachung
des Magistrats im Urzettel unterer Platte ersichtlich.

— Auch amtliche Bauten unter Aufsicht der Ortspolizei.
Die Notwendigkeit der Beaufichtigung und Abnahme bau-
licher Veränderungen durch die Ortsbauämter zeigt der
Vorfall in einem Staatsgebäude. Es war dort ein größerer
Dachstuhlbrand dadurch entstanden, daß ein Ofen nicht an
ein vorrichtungsmäßiges Rauchrohr, sondern an ein Lüftungs-
rohr angeschlossen war, das in den Dachboden mündete. Der
Brand war einige Räume des Gebäudes mitwelle über-
lassen. Sie hatten den Ofen von einem Handwerker auf-
stellen lassen, der nicht die genaue Sachkenntnis besaß
ohne daß der zuständige Ortsbaubeamte davon Kenntnis er-
hielt. Der Ortsbauamter hat deshalb sämtliche Regierungs-
präsidenten, die Ministerialbaukommission und den Polizei-
präsidenten in Berlin auf die Veranlassung für die Orts-
bauämtern der Staatsbauverwaltung verwiesen. Nach-
dies unterliegen der Vorprüfung, Freischaltung und Ab-
nahme durch die Ortsbauämter bauliche Veränderungen,
die die Bauart des Gebäudes betreffen. Das ist auch die
Anlage neuer Feuerstätten zu rechnen. Auf die Höhe der
Kosten kommt es nicht an. In den neuen Mietverträgen ist
darauf hinzuweisen. Die alten sollen abgemessen ent-
sprechend ergänzt werden.

Didwurz
Str. 13 Mt.
Obst: Halle Gerhard
Herbertstr. 33. Sol.

Bekanntmachung

betreffend
Kontrolle der gewerbemäßigen Stellenvermittlung.
Nachdem der preuß. Minister des Innern auf Grund des § 2 der Verordnung über die Polizei-Verwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1907 die ortspolizeilichen Befugnisse hinsichtlich der Kontrolle der gewerbemäßigen Stellenvermittlung dem Magistrat in Wiesbaden übertragen hat, wird über die Ausübung dieser Kontrolle nunmehr folgendes bestimmt:

Die auf Grund des Stellenvermittlungsgesetzes vom 2. Juni 1910 und der hierzu erlassenen preuß. Ausführungsbestimmungen, insbesondere vom 16. August 1910, 17. August 1910 und 18. August 1910 der Ortspolizeibehörde übertragenen Befugnisse betr. Kontrolle der gewerbemäßigen Stellenvermittlung werden hiermit dem städtischen Arbeitsamt übertragen. Dies hat keine Beamten, und zwar:
1. den Geschäftsführer, Herrn Sälzer,
2. den Leiter der Männer-Abt. Herrn Grünhalsen mit der Ausübung dieser Befugnisse beauftragt.
Wiesbaden, den 15. Januar 1921. F 228
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es besteht die Absicht, zum April d. J. drei Supernumerare einzustellen. Bewerber müssen das Zeugnis der Reife für Obersekunda oder das Abgangszeugnis der neunten Mittelschule mit der Note „gut“ in Deutsch und Rechnen besitzen. Ferner müssen sie nachweisen, daß sie in der Lage sind, sich drei Jahre lang aus eigenen Mitteln oder durch Unterstützung ihrer Angehörigen zu unterhalten.
Bewerbungen mit Lebenslauf, Gesundheitszeugnis, Führungzeugnis und obigen Nachweisen sind bis 1. März d. J. bei dem Personalamt, Rathaus, Zimmer 60, einzureichen.

Bei persönlicher Vorstellung vorerst unerwerbsfähig.
Wiesbaden, den 15. Januar 1921. F 228
Der Magistrat.

Städt. Spiritusverteilungsstelle

Marktstraße 18, Zimmer 5.

Die nächste Ausgabe von Bezugsmarken für den zur Verteilung gelangenden Spiritus erfolgt an die Bezugsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben

A—H am Montag, den 24. Januar,
J—P am Dienstag, den 25. Januar,
Q—Z am Mittwoch, den 26. Januar,
und zwar jeweils in den Vormittagsstunden von 8^{1/2} bis 12 Uhr. Die Reihenfolge ist unbedingt einzuhalten.
Zur Ausgabe gelangen Marken mit dem Sonderzeichen „M“.
Wiesbaden, den 22. Jan. 1921. F 217
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Jagdnutzung auf dem hiesigen gemeindefürstlichen Jagdbezirk, der einen Flächeninhalt von etwa 225 ha Feld u. 175 ha Wald hat, soll am Samstag, den 12. Febr. d. J., mittags 1 Uhr, im Schulhause hieselbst öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gegeben und können auch vorher bei mir eingesehen werden. Das Jagdrevier ist 15—20 Minuten vom Bahnhof Kurlingen-Wedenbach entfernt.
F 227

Wilsdorf, den 19. Januar 1921.

Der Jagdvorsteher:
Sebastian, Bürgermeister.

Ruhholz-Versteigerung.

Dienstag, den 25. Januar 1921, vormittags 9^{1/2} Uhr anfangend, kommen im Geshlocher Gemeindevwald, Distrikt Stiefled und Steinlocher, nachfolgendes Ruhholz zur Versteigerung:

579	Fichten-Stämme	von 107,75	Fstmr.
123	"	Stangen	I. Klasse,
144	"	"	II. "
272	"	"	III. "
485	"	"	IV. "
640	"	"	V. "
855	"	"	VI. "

Anfang wird bei Nr. 372 Distrikt Stiefled gemacht.
F 227

Geshloch, den 20. Januar 1921.

Der Bürgermeister:
Schmidt.

Holzversteigerung.

Donnerstag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr anfangend, kommen im hiesigen Gemeindevwald, Distrikt Strath:

58 kieferne Stämme von 54,75 fm
6 buchene Stämme von 4,8' fm
1 eichener Stamm von 0,53 fm
173 cbm Buchen-Scheitholz
160 cbm Buchen-Knappholz

zur Versteigerung.
Das Holz lagert auf guter Abfahrt in der Nähe der Scheiterhaufenstraße.
F 227

Stedenroth, den 21. Januar 1921.

Heuser, Bürgermeister.

Herren-Sohlen Mt. 34.—

Damen-Sohlen Mt. 27.—

Anfertigung nach Maß, Vorziehen, Abändern, bestes Kernleder.

Schuh-Reparatur Mauergasse 12.
Telephon 3033.

Auffallend billiges Angebot!

Wir hatten Gelegenheit im Elsaß große Posten gute Qualitätsware günstig zu erwerben u. bieten u. a. an:

Kretonne	für Hemden, Beinkleider und Kissen-bezüge, weiß, ca. 80 cm breit, per Meter 17,50, 14,50, 12,75, 11,50,	9⁷⁵
Köper-Finette	für Hemden, Nachhemden, Beinkleider, weiß, gerauht, ca. 80 cm breit, per Meter 21,50, 19,75,	16⁵⁰
Bettstoffe	für Bettücher, Ueberbettücher, Bett-bezüge, weiß, 130, 150 u. 160 cm breit, per Meter 48.—, 42.—,	39⁰⁰
Flanell	für Blusen und Hemden, ca. 80 cm breit, per Meter 16,75, 14,75, 12,75,	9⁷⁵
Kleider-Voile	in weiß und hellblau, ca. 100 cm breit, per Meter	15⁷⁵
Satin	in schwarz, weiß und einigen guten Farben, einfarbig, la Qualität, ca. 80 cm breit, per Meter	19⁵⁰

.. Günstige Gelegenheit zur ..
Anschaffung von Ausstattungen.

Hamburger & Weyl

Marktstraße, Ecke Neugasse

Spezial-Haus für Wäsche-Ausstattungen.

Deutsche Volkspartei

Ortsverein Wiesbaden

Geschäftsstelle Friedrichstraße 9. 1. Telephon 6474.

Wir bitten unsere Mitglieder und Parteifreunde die uns zur Landtagswahl zukommenden Geldbeträge an unsere Geschäftsstelle abzuführen oder bei der Deutschen Bank Filiale Wiesbaden, Wilhelmstraße 22, auf

Konto Wahlfonds

einzugahlen.

Wir bedürfen diesmal ganz besonders einer kräftigen finanziellen Unterstützung.
F 789

Der Finanz-Ausschuß der Deutschen Volkspartei
Ortsverein Wiesbaden.

Consignataires Réunis

Paris.

Agenturen in allen bekannten Hafenplätzen.

Consignation, Stevedoring, Transit usw.

Vertreter der Compagnie Générale Transatlantique Paris.

Regelmäßiger monatlicher direkter Dampfer-Dienst von Hamburg nach

Ecuador, Peru, Chile, Havanna, Vera Cruz und Tampico.

Passage-Gelegenheit über Frankreich nach New York, Cuba, Mexico usw.

Niederlassung in Hamburg, Admiralitätsstraße 7.
Fernspr.: Hansa 8911, Elbe 5611 u. 3-16. Telegr.-Adr.: Consren'oe.

Holzversteigerung.

Am Samstag, den 5. Februar 1921, vormittags 9^{1/2} Uhr, versteigere ich in Bahn i. L. (Lagerplatz der Lannus-Biegelei):

ca. 34,5 Klafter Buchen etc.-Holz öffentlich meistbietend gegen gleiche Barzahlung und zwar freiwillig für Rechnung dessen, den es angeht.
F 361

Bahn (Station Bahn-Wehen),
den 21. Januar 1921.

Rüger, Gerichtsvollzieher.

Kino-Versteigerung.

Dienstag, 25. Januar 1921, vormittags 11 Uhr zu Mainz-Kastel, am Ridelborn 8 (Garage), versteigere ich freiwillig im Auftrag gegen Bar:

eine Kino-Einrichtung, als:

1 Ernemann-Theater-Kinomaschine, kompl. (m. Antriebmotor, Anlasser, Filmspulen, Schalttafel, Kinofohlen etc.);

1 Lichtmaschine Benzol-Dynamo, 60 Amp. (m. Schalttafel u. Instrumenten, Nebenschlußregulator, Kühler u. Auspuffleitung).
Besichtigung 1/2 Stunde vorher.
F 361

Mainz, 20. Januar 1921.

Adam Rasper,
Auktionator, Glademarkt 1, 2.

Billig abzugeben:

Türdrücker-Garnituren
und Fenstergriffe

in größeren Mengen. Anfr. u. unter N. O. 278 an Rudolf Mosse, Wiesbaden.
F 103



Vom 25. bis 31. Januar, zweimal täglich
um 4 und 8 Uhr im kleinen Saale:

Vorstellung

VON

**Ivo Puhonny's
Künstler-Marionetten-Theater.**

Puhonny's Marionetten-Theater

Es gibt über ein bedeutendes Repertoire
von literarisch wertvollen Werken aus
alter und neuer Zeit. Satyren, Grotesken,
Marchen, Tragedien. Die Kunstpuppen
werden durch den Dramaturgen und
Rezitator Ernst Ehlert vorgeführt und
finden überall den ungemeinsten Beifall
feinsinniger Kunstfreunde und namhafter
Künstler.

Eintrittspreise: F 220

1.—5. Reihe: 7 Mk., 6.—10. Reihe: 5 Mk.,
11. bis letzte Reihe: 4 Mk., Galerie: 3 Mk.

Städtische Kurverwaltung.

Wullner Deutsch aus
größter Rezitator
Kasino
Dienstag, 8 Uhr.
Karten (Mk. 12, 8, 4, 2)
bei Born & Schottensfeld,
Stadt, Abendkass.

Café Völkerbund

Rheinstraße 17 :: Rheinstraße 17

Von 5 Uhr ab:

Konzert.

Besitzwechsel.

Das Café Orient, Unter den Eichen, ist von
dem bisherigen Besitzer G. Kieffer,
früheren Besitzer des Grand Hotel Royal,
Straßburg i. Els., käuflich erworben worden.

Treffpunkt
Kahlbaum Likörstube
Spiegelgasse 3, Ecke Webergasse.
Glasweiser Ausschank. Liköre und Weine.
Angenehmer Aufenthalt. Solide Preise.
Hotel Trierischer Hof.

Sidol
um alle Metalle im Haushalt
schnell blitzblank zu putzen.
Sidol in bester
Friedensqualität
wieder überall erhältlich!

Fabrik: Siegel & Co., Köln a. Rh. F 51

Vergessen Sie nicht das letzte Verbandsspiel auf dem
Sportplatz Frankfurter Strasse zu besuchen.
Sonntag, den 23. Januar 1921, nachmittags 2½ Uhr.

Rheinisches Theater- und Konzertbüro Wiesbaden. — Leitung: Gustav Jacoby.

Wintergarten, im Festsaal

Dienstag, den 1. Februar 1921, abends 7 Uhr:

Faschings-Ball!

der Volksunterhaltungs-Abende!

(2 Tanz-Orchester 2).

Rheinischer Humor. Heitere Vorträge. Karnevalist. Lieder.
Moderne Tänze. Ballett.

Ansager: **Bernhard Herrmann.**

Gesamtleitung: **Gustav Jacoby.**

Mitwirkende:

**Marianne Alfermann Martha Bommer Dora Hagen
Max Andriano Bernh. Herrmann Gustav Jacoby H. Schorn**

Keine Tombola. Keine Verkaufsstände. Keine „Extraberraschungen“
usw.

Eintritt: **Mk. 5.—** (für die Abonnenten der
Volksunterhaltungsabende)

Eintritt: **Mk. 10.—** (für Nichtabonnenten).

(Die Abonnements-karten müssen zur Abstempelung mitgebracht werden!)

Anzug: Herren } Gesellschafts-toilette.
Damen }

Vorverkauf:

ab heute im Rheinisch. Konzert-
büro, Kais.-Frei-Platz 2, u. an
der Theaterkasse Bumenthal,
Kirchgasse. Telefonische Be-
stellung. u. d. Nrn. 5376, 188, 950.

3 gute Heizkörper, Kohlen- u. Gasöfen

1 Kessel, kompl. Desinfektions-Anlage, Ripp-
Wasskessel, 1 Boiler, 50 u. 25er Rostflaschen,
Eisenröhren, Stehpumpe, Mischel-Sammlung,
Partie Rohre, Paneelebretter, Eisgrat,
Eislaufen zu verkaufen.

Aker, Wehrstraße 21. — Tel. 3930.

**Lähnen Husten
lösen**
BADEN-BADENER
PASTILLEN
Preis M. 4.—

Wir empfehlen:

Kaffee das Pfund zu Mk. **22.—, 24.—** und höher

Tee in den feinsten Mischungen

Kakao das Pfund zu Mk. **22.—** in ½-Pfd.- u. ¼-Pfd.-Packungen

Schokolade in bekannter Güte

Bonbons zu billigsten Preisen

Feinste Margarine das Pfd. zu Mk. **13.50**

in 1-Pfund-Packung

Keks

Biskuits in grosser Auswahl

und andere

feine Backwaren

Feinste bosn. Pflaumen

Reis und Hülsenfrüchte billigst

Gemüse-Konserven der Ernte 1920.

Kaisers Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Ueber 1000 Filialen.

Filialen: Bismarckring 25, Kirchgasse 19, Marktstrasse 10,
Scharnhorststrasse 1.

1784

Conder-Angebot

für
Wiederverkäufer!

50 Mille

Zigarren

von 180 Mk. bis 1000 Mk.
pro Mille. Detailverkauf
10 Mk. bis 150 Mk. das
Stück. Nur gute einwand-
freie Ware. Proben
nach auswärts von 500
Stück an.

Karbinsky

Tabak u. Zig.-Handlung
zu gros. en détail
Bismarckring 2, Tel. 5247.

1. Special-Schleiferer
Rasier-Kling
WIESBADEN
13 Wehrstr. 13
12 St. 3 M.

180 Mark

kosten unsere eleganten
Herren- u. Dam.-Schuhe
aus bestem Porcellan-Edel-
Genüß die besten
aus bestem Kienleder,
leder-Brandstühle, Leder-
tappen, gutes Futter so-
lides, dauerh. gearbeitete
Friedens-Quallen.
Gollath & Schaeffgen
Confulstr. 3,
am Michelshorn.

**Weinbrand
Cognac**

*** Stern, 3 ¼, Weingeist

1/1 Flasche Mk. **46.50**

1/2 „ „ **24.25**

Verschn., 35 ¾, Weingeist

1/1 Flasche Mk. **41.50**

1/2 „ „ **21.75**

Ohne Flasche, mit Steuer.

A. Kriessing

Albrechtstr. 3. Tel. 1760.

Ein an das

Jernspr. Nr. 4422

angehängt.

Kolonialwaren, Obst,

Gemüse und Süßfrüchte

Hubert Loosen

Hermannstr. 3.

Junge trächtige Fische,

im März laumend, wegen

Guttermangel zu verlauf.

R. Bird II., Schierstein,

Hüterstr. 10

Herren-Maharaja.

u. gett. mittl. bis. a. d.

Welt. Erbader Str. 3.

Malertittel

Off. u. M. 925 Tagbl.-Bl.

Gut erb. Bim-Tempel

(8x4 m). 2 Boilertühle

u. Reinhardt. Sedanstr. 2

Kompl. Bett, eich. 650.

3ud. m. 2 Kissen 300.

Kleiderkasten, 1tür. 300.

Sofa m. Sehl 550 u. 400.

Gasberd 2flam. 70 Mk.

u. Geise mit R. 200 und

Zither 60 Mk. zu verl.

Holland. Sedanstr. 5.

Herrschafliche

Rücken-Einrichtung

billig zu verl. Seeroben-

str. 11. Dth. 1. Ding.

Große Schneiderei des

Nähmaschinen zu verl.

Welt. Erbader Str. 3.

Seiten-Aquarium billig

abau. Tannstr. 49 B. r.

Herren-Wäsche

Liefert in tadelloser Aus-

führung Neu-Wäsche

H. Kieken, Scharnhorst-

str. 7. Tel. 4074.

Warnung!

Warne hiermit jeden,

meinem Schwager Geza

Bender irgend weish. Art

etwas zu geben, da ich von

heute an für nichts mehr

habe.

Friedrich Beringer

Bismarckstr. 17.

Zahnarzt

Sucht Syre u. Wart-

zimmer in guter Lage

Angebote unter 2. 026

an Tagbl.-Verlag erb.

Für Pfeifenraucher!

Direkter Bezug ohne Zwischenhandel!
Einfache und billige Verpackung!
Daher besonders preiswert und beliebt
bei Pfeifenrauchern!

Mittelschnitte.

Tabakabfall	100 gr Mk.	3.50
Engel's „Feinschmecker“	100 gr Mk.	4.00
Engel's „Am Eck“ . . .	100 gr Mk.	4.50
Engel's „Oranien“ . . .	100 gr Mk.	5.00
Engel's „Varinas“ . . .	100 gr Mk.	5.00
Engel's „Wiesb. Wappen“	100 gr Mk.	6.00
Engel's „Monopol“ . . .	¼ Pfund Mk.	6.00
Engel's „Java“	¼ Pfund Mk.	7.00

Grobschnitte.

Engel's „Jäger-Tabak“	100 gr Mk.	4.50
Engel's „Für Kennor“	100 gr Mk.	4.50
Engel's „Alter Ritter“	100 gr Mk.	5.00

Zigarettenabake.

„Fix“-Tabak, bes. preisw.	100 gr Mk.	15.00
Sorany-Goldshag	50 gr Mk.	12.00

Engel's schwarz. Krauser 100 gr Mk. 6.00

August Engel

Wilhelmstrasse — Friedrichstrasse
Am Ring — Taunusstrasse
Faulbrunnenstrasse. 1797

MERCEDES



SCHREIBMASCHINE
Deutsches Fabrikat von Weltruf
Verschiedene Neuerungen
Generalvertrieb
PREZIOSA
BÜRO-EINRICHTUNGS-HAUS
Frankfurt a. M. Elbstr. Ecke Kaiserstr. 56
* Fernruf Hanfa 7453-Römer 407 *

Chenillekreft u. Labrakfennia
erhalten u. geben
Chenillekreft
Chenillekreft: Brust-Lungen-Knoten, Blasen-
maß, Asthma, Nerven-Knoten, Magen-Leber-
Knoten, Blasen-Unterleibs-Gicht-Rheuma, Herz-
Knoten, Gallenleber, Stuhlverstopfungen, Krämpfe.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien, Auftragsfertigstellung.
durch **A. Dorfschneider & Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg**
Vorhändig bei: Louis Kimmel, Nero-Drogerie, Nero-
straße 46, Wilh. Machenheimer, Adler-Drogerie,
Ecke Bismarckring u. Dotzheimer Str., Otto Siebert,
Apothek. r. Schloß-Drogerie, Marktstraße 9.

5000 kg
Elsässische Schokolade
(Ausfuhrfrei) in Tabletten zu 100—250 Gr.
sofort greifbar.

Netter frères, Neubrunnen-straße 23 Mainz.

Brillanten, Perlen usw.

Gold- u. Silbersachen, Bestecke,
Leuchter, Service, Becher,
Figuren etc. kauft zu höchsten
Preisen.

Zahle mit jedem Gelde.

G. Citrine

Hotel Kaiser-Bad, Wilhelmstraße 48,
Zimmer 105,
jeden Tag von 9^{1/2}—12 u. 2—4^{1/2} Uhr.

Annoncen-Expedition

Annahme v. Inserat. f.
alle Zeitungen. S. Gies,
Hofstr. 27 (Hauptp.)

Jazz-Band

Sämtliche Zubehöerteile, so-
wie große u. kleine Trommel
zu einem Jazz-Band-Apparat
kauft sofort
Gottschalk, Weillritzstr. 6.

Apotheker Schuh's

Homöopath. Hustenmittel

Das denkbar Beste gegen Grippe, Erkältungen
jeder Art. — Großartige Erfolge ohne Berufs-
störungen. — Preis pro Flasche 5.— Mk.

Apotheker Schuh's

Homöopath. Hustenmittel

Innerlich und äußerlich. — Prompte Wirkung!
Leicht zu geben. — Preis pro Flasche 5.— Mk.
Zu haben Oranien-Apotheke, Taunusstr. 57.

Auskunft u. Versand durch Apotheker Schuh's
Homöopath. Zentral-Labor, Köln, Moselstr. 52.

Pferde, Rindvieh, Schweine und Geflügel

godelihen genau so gut, wie in Friedenszeiten, wenn Sie Mais füttern!
Offerierte in großen und kleinen Mengen:

Mais ganz, 190 Mk. **Mais** gequetscht 190 Mk.
per Zentner **Mais** Marke „Maisperle“, gelb u. 175 Mk.
Maismehlfutter weiß, per Zentner

(Bestes Schnellmastfutter für Schweine und Rindvieh)

ab meinem Lager **Julius Winkelstein**, Landesprodukten
in Erbenheim, u. Futtermittel.
Telephon **Erbenheim, Bahnhofstr. 4.** Wiesbaden 1787

Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit

(Alte Leipziger)

Gegründet 1830. Versicherungsbestand: 1 Milliarde, 600 Millionen Mark
übernimmt

Versicherungen unter günstigsten Bedingungen
und gegen billigste Beiträge.

Vertreter: **Paul Böhme**, Schützenhofstraße 14. Telephon 4303.
Arthur Straus, Emser Straße 6. Telephon 763.



Bestes Schuhputz

Man nahm uns viel, es blieb nur ein Rest,
Doch sind wir verloren nicht ganz,
„Effax“ ist sturm- und wetterfest
Und strahlt durch ihren Glanz.

Hochgesand & Ampt,

Seifen-, Fett- u. Chem. Fabrik, MAINZ.

Vertretung u. Lager:

Carl Kruse, Wiesbaden,

Zielering 13

Telephon 3981

Kohlenzack
auf den Namen Emma
Koch lautend, Donnerstag
abend verloren. Absueb.
gegen Bel. Zimmermann-
straße 1, 4 Et.

Verloren

3 Büstenhalter

Freitag Wilhelmstr. 18
Abgegeben gegen Belohnung
Betriebswerkstätte, Neues
Museum.

Freitag nachm. Häftel.
Kronendr. (Dietenmühle)
Damenschirm
hängen geblieben. Hohe
Belohnung Fund. Büro
Friedrichstraße.

WIR
FERTIGEN
IN EINFACHSTER WIE
FEINSTER AUSFÜHRUNG
♦ GEBURTS ♦
♦ VERLOBUNGS ♦
♦ VERMÄHLUNGS ♦
♦ ANZEIGEN ♦
L. SCHELLENBERG'SCHE
HOFBUCHDRUCKEREI
WIESBADEN

Schwarze Kleider
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
• Trauer-Hüte •
• Trauer-Schleier •
Trauer • Stoffe
von der einfachsten bis zur
elegantesten Ausführung.
Blumenthal

Todes-Anzeige.

Von langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden wurde unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwäger-
mutter und Großmutter

Frau Johannette Gieß, wwe.

geb. Moog,

in ihrem 87. Lebensjahre erlöst.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie L. Gieß, Jostener Straße 11.

Familie S. Gieß, Albrechtstraße 23.

Wiesbaden, den 21. Januar 1921.

Die Trauerfeier findet Montag, vorm. 10^{1/2} Uhr, in der
Trauerhalle, alter Friedhof, Platter Straße, statt, anschließend
Befragung auf dem Nordfriedhof.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige
Nachricht, daß mein lieber guter Mann, unser treusorgender
Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Willi Wagener

nach schwerem Leiden heute Morgen 4 Uhr, im 45. Lebensjahre,
sanft entschlafen ist.

In tiefem Schmerz:

Frau C. Wagener wwe.
und Kinder.

Wiesbaden,

Kirchgasse 43.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Januar, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.
Von Beileidsbesuchen bittet man ab, um zu wollen.

Danksagung.

Für die überreiche, herzliche, schmerzlindernde
Teilnahme an dem schweren, unersetzlichen Verlust
unsrer lieben Entschlafenen sage ich hiermit allen
meinen herzlichsten Dank.

Christian Wittig
und Familie.

Wiesbaden, Schierstein.